

Sicherheitslage im Bezirk Magdeburg

27. September 1961

Bericht Nr. 593/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte im Bezirk Magdeburg

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 478, Bl. 42–54 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, AG Anleitung und Kontrolle, Ablage.

I. Territoriale und objektmäßige Schwerpunkte

Im Bezirk traten als Schwerpunkte die Kreise in Erscheinung

Magdeburg:

- durch ein verstärktes Auftreten von Feindtätigkeit, besonders von *staatsgefährdender Propaganda und Hetze* in Form von:
 - mündlicher Hetze, im Schmieren von Hetzlosungen sowie Hakenkreuzen und im Verbreiten von selbst gefertigten Schriften, die sich allem gegen die Schutzmaßnahmen und gegen die Partei- und Staatsführung, insbesondere gegen den Vorsitzenden des Staatsrates, richteten, im *Stadtgebiet* sowie hauptsächlich in den Großbetrieben *Ernst-Thälmann-Werk, Karl-Marx-Werk, Karl-Liebnecht-Werk* so *Georgi-Dimitrow-Werk*.
 - Im *Ernst-Thälmann-Werk, Karl-Liebnecht-Werk* und *Georgi-Dimitrow-Werk* gibt es gleichzeitig *Konzentrationen* von negativen bzw. schwankenden Personenkreisen, die auf die Schutzmaßnahmen feindlich reagierten bzw. einer Stellungnahme auswichen.
 - In den *Großbetrieben* treten weiterhin *Missstände* bzw. Schwierigkeiten in der Produktion auf, die ihre Auswirkungen auf die Planerfüllung und *Planrückstände* mit dem größten Anteil im *Ernst-Thälmann-Werk* und *Karl-Liebnecht-Werk* zur Folge haben.
- Objektmäßig sind weiterhin Brennpunkte:
 - Die *Baubetriebe* mit schlechtem *politisch-ideologischen Zustand* und *Konzentrationen* feindlicher Elemente im *VEB Ausbau* und auf mehreren *Baustellen*, die ihre Unterschriftsleistung auf vorgeschlagene Zustimmungserklärungen ablehnten. Der *Bahnhof Magdeburg-Rothensee* durch
 - schlechten *politisch-ideologischen Zustand* der Belegschaftsangehörigen,
 - *Konzentration* von schwankenden Personen, die sich in Versammlungen gegen die Maßnahmen vom 13.8.1961 aussprachen bzw. den Versammlungsraum verließen.
 - Verstärktes Auftreten mündlicher *Hetze*,
 - Feindtätigkeit in Form organisierter *Wagenaufläufe*.

Halberstadt:

- der ein Ansteigen *staatsfeindlicher Tätigkeit* durch Verbreiten von Gerüchten und insbes. von selbst gefertigten Hetzflugblättern im *Stadtgebiet* sowie im *RAW* und im *VEB Fleischwarenfabrik* zu verzeichnen hatte.
 - In dem eine *staatsfeindliche Gruppe* von zehn Personen, darunter neun Jugendliche, liquidiert wurde, die Diebstähle sowie staatsgefährdende Gewaltakte ausführte und Hetze betrieb. Bei dem Versuch, am 8.9.1961 mithilfe eines gestohlenen Lkw die Grenze KP Marienborn gewaltsam zu durchbrechen, wurden sie inhaftiert.
 - Durch die zum Kreis gehörende *Stadt Osterwieck*, wo eine Konzentration von schwankenden Personen vorhanden ist, in dem die überwiegend kleinbürgerliche Bevölkerung verwandtschaftlich stark mit Westdeutschland verbunden und das Westfernsehen sehr verbreitet ist.

Oschersleben:

- der *Grenzkreis* ist
 - in dem der direkt an der Staatsgrenze West liegende Ort *Harbke* einen Schwerpunkt bildet, wo eine Reihe von Verbindungen zwischen Bürgern von Harbke und den Bewohnern des westlichen Grenzgebietes bestehen und wodurch eine entsprechende ideologische Beeinflussung gegeben ist.
In *Harbke* sind:
 - mehrere Vorkommnisse von Schmierereien feindlicher Losungen zu verzeichnen gewesen. Täter konnten inhaftiert werden,
 - in dem dort vorhandenen *Kraft- und Braunkohlenwerk* konzentriert die Schutzmaßnahmen abgelehnt worden,
 - im *Braunkohlenwerk* eine Konzentration von 17 ehem. SS-Angehörigen vorhanden
 - und im *Kraftwerk* besteht der Verdacht eines Diversionsverbrechens (Ablassen des Wassers aus der Betriebslokomotive),
 - die *Faserplatten- und Möbelfabrik* in *Gröningen* durch einen Großbrand am 23.8.1961 vernichtet wurde (Untersuchungen gegen den Verantwortlichen sind noch im Gange).

Stendal:

- der *objektiv* besonders in Erscheinung trat durch:
 - den schlechten politisch ideologischen Zustand und durch Feindtätigkeit in Form von organisierten *Waggonaufläufen* auf dem Verschiebebahnhof,
 - die Konzentration *ehem. Umsiedler* in der *Schiffswerft Tangermünde*, die Hetze betreiben,
 - die Konzentration *ehem. Groß- und Mittelbauern* in der *LPG Typ I* in *Gohre*, die früher Nazis waren und den gemeinsamen Empfang des Westfernsehens organisierten und bei Zusammenkünften zum Ausdruck brachten, im Herbst dieses Jahres wieder als Einzelbauern zu arbeiten.

Wernigerode:

- in dem als Grenzkreis verstärkt *Grenzdurchbrüche* und *Verbreitung von Gerüchten* zu verzeichnen waren.
 - das in dem im Kreis befindlichen *Kupferwerk* seit dem 13.8.1961 mehrere anonyme Telefonanrufe mit Drohungen und drei *Betriebsstörungen* auftraten, bei denen der Verdacht der staatsfeindlichen Tätigkeit besteht,
 - das *Metallgusswerk* einen Schwerpunkt für eine schlechte Qualität in der Produktion darstellt.

Schönebeck:

- durch *Nichtteilnahme* an der Wahl von 20 evangelischen Pfarrern und vier katholischen Geistlichen,
- *objektiv* durch eine *Kesselexplosion* am 18.8.1961 im *Traktorenwerk*, bei der zwei Personen getötet und fünf verletzt wurden sowie umfangreicher materieller Schaden entstand.¹ Als vorläufige Ursache wurde Fahrlässigkeit ermittelt. Gegen den Verantwortlichen wurden Maßnahmen eingeleitet.

II. Bezirksmäßige Probleme, die als Schwerpunkte in Erscheinung treten

Auf *industriellem Sektor* sind im Bezirksmaßstab *Rückstände in der Exportplanerfüllung von etwa 25 Mio.* zu verzeichnen.

Die Industrie erfüllte den Plan der Bruttoproduktion per 31.8.1961 mit 61,2 %, liegt aber noch ca. 4 % unter dem Soll; obwohl die Planerfüllung im August, im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten, die höchste des Jahres war.

Der größte Teil der Exportplanrückstände konzentriert sich auf das Ernst-Thälmann-Werk, Karl-Liebnecht-Werk und Fahlberg-List Magdeburg.

Die *Ursachen* hierfür sind vor allem

- eine schlechte Arbeitsorganisation,
- das Vorhandensein veralteter technologischer Verfahren,
- die nicht bedarfsgerechte Materialbestellung,
- schlechte Arbeitsmoral und
- die Lieferung von Produkten mit ungenügender Qualität durch die Zulieferbetriebe (bes. der Warmbetriebe des Ernst-Thälmann-Werkes s. Georgi-Dimitrow-Werkes in Magdeburg und des Metallgusswerkes Wernigerode).

Hauptursache

- ist die fehlende Belieferung von elektrischen Ausrüstungen oder Normteilen von Zulieferbetrieben zur Komplettierung bereits fertiggestellter Maschinen und Aggregate.

So können beispielsweise in der *Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg* kurzfristig 3 Mio. Exportrückstände bei Vorhandensein dieser Ausrüstungen beseitigt werden.

- *ernsthafte Disproportionen zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn* .
Die geplante Arbeitsproduktivität wird nicht erreicht, jedoch die Lohnfonds überschritten.
- In den *Warenbetrieben der Großbetriebe* liegt die durchschnittliche Normerfüllung bei 220 %, in Einzelfällen werden 300 bis 400 % erreicht
- Die *störanfälligen Betriebe* sind noch in großer Anzahl vorhanden.
Eine genaue Übersicht darüber liegt vor, und in letzter Zeit wurde eine verstärkte Arbeit geleistet, um den im ersten Halbjahr erlittenen Tempoverlust aufzuholen.

In der Landwirtschaft

- liegt der *Schwerpunkt negativer Erscheinungen* im nördlichen Teil des Bezirkes, nämlich in den *Orten der Altmark*, der ehemaligen Hochbur der Großgrundbesitzer und Großbauern, wo unter den Genossenschaftsbauern das Gerücht über die Auflösung der LPG Typ I kursiert,
- sind *Hektarerträge bei Getreide* in diesem Jahr, aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse, *wesentlich niedriger* (Erfüllung des Staatsplanes bei Getreide betrug am 8.9.1961 77,3 %),
- weigern sich vereinzelt Einzelbauern oder LPG, *den Staatsplan zu erfüllen* und halten aus spekulativen Gründen Getreide zurück,
- werden durch die Nichteinhaltung des Anbauplanes für Kartoffeln *ernsthafte Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung* im Bezirk auftreten
- treten bei einer 100 %igen Staatsplanerfüllung von *Getreide Schwierigkeiten in Futtermitteln zur Erhaltung der Viehbestände auf* [sic!],
- gibt es Bestrebungen, die *Tierbestände zu verringern*,
- ist das *Marktaufkommen von tierischen Produkten zurückgegangen* .
 - Bei *Schweinen* ist die erforderliche Anzahl zwar vorhanden, jedoch fehlen Tiere bestimmter Gewichtsklassen.
 - *Rinderbestände* sind deshalb zurückgegangen, weil ein unreales Verhältnis zwischen Merzung und Zuwachs und eine geringe Bedeckung von Färsen sowie Jungrindern besteht.
- wurde eine rückläufige Tendenz bei Viehverendungen festgestellt; jedoch ist bei Jungrindern wieder ein Ansteigen von Verendungen auf schlechter Grünfütterverhältnisse bemerkbar,
- *arbeiten* von 900 vorhandenen LPG Typ I 159 noch nicht *genossenschaftlich*,
- *existieren* noch 334 *Einzelbauern* unter 5 ha und 288 über 5 ha.

Im Bezirk ist die *Absicherung der Staatsgrenze West* zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen und anderen staatsfeindlichen Handlungen noch nicht gewährleistet und kann wesentlich erhöht werden durch:

- Verstärkung der *militärischen Kräfte*, da sie in dieser Hinsicht bisher ungenügend gesichert ist,
- Einleitung von *pioniertechnischen und anderen Maßnahmen am Grenzübergang Marienborn auf der Autobahn*, zur Verhinderung gewaltsamer Durchbrüche mittels Kraftfahrzeuge,
- durch Maßnahmen zur *Beseitigung der noch vorhandenen Möglichkeiten des illegalen Abwanderns unter Benutzung von Waggons des innerdeutschen Güterverkehrs und von alliierten Militärzügen*,
- *Ausbau des Schienensicherungssystems am Eisenbahnübergang Marienborn*, wo eine Sicherung (totes Gleis mit Prellbock und Weiche) zur Verhinderung gewaltsamer Durchbrüche durch Schienenfahrzeuge aus der DDR nach WD eingebaut wurde, jedoch in umgekehrter Richtung fehlt,
- *Verstärkung der Kontrolle des Verbleibens von ausgegebenen Sprengstoffen* in den Bergwerksbetrieben, in Steinbrüchen und in forstwirtschaftlichen Betrieben, um die Möglichkeiten des Beiseiteschaffens von Sprengmaterialien für staatsfeindliche Zwecke im Grenzgebiet zu beseitigen.

Auf die *Tätigkeit des Staatsapparates* wirkt sich hemmend aus, dass

- in den Kreisen, Gardelegen, Haldensleben, Havelberg, Oschersleben, Osterburg, Seehausen, Staßfurt sowie Wolmirstedt die Planstellen der ersten Stellvertreter der Vorsitzenden der Kreisräte unbesetzt sind,
- in den Kreisen Havelberg und Wolmirstedt die Vorsitzenden der Kreisplankommissionen fehlen,
- keine Kreisärzte in den Kreisen Gardelegen, Calbe, Seehausen sowie Wernigerode vorhanden sind.

Die *kleinbürgerlichen Parteien* sind in ihrer politischen Arbeit inaktiv. In verschiedenen Kreisen gibt es Sektierertum in der Hinsicht, dass man sich über die Verringerung ihrer Mitgliederzahl freut und es Anzeichen für Auflösungsbestrebungen gibt.

III. Politisch-ideologische Schwerpunkte

Der *überwiegende Teil der Bevölkerung* des Bezirkes bezog eine *positive Haltung zu den Schutzmaßnahmen* vom 13.8.1961.

Durch die offensive Tätigkeit der Partei in differenzierten Aussprachen und Versammlungen mit allen Schichten der Bevölkerung konnten die durch die Beeinflussung westlicher Fernseh- und Rundfunkstationen seit 15.8.1961 verstärkter auftretenden feindlichen Argumente bedeutend zurückgedrängt werden.

Das Gerücht über einen bevorstehenden Geldumtausch,² welches etwa zwei Wochen nach dem 13.8.1961 im Bezirk kursierte und in dessen Folge Angsteinkäufe sowie Bargeldeinzahlungen auf Sparkassen und Banken durchgeführt wurden, hatte dadurch in der nachfolgenden Zeit seine Basis verloren.

Die *hauptsächlichen Argumente*, die in allen Bevölkerungsschichten sämtlicher Kreise des Bezirkes auftraten, waren:

- Forderung nach »freien Wahlen«.
- Der Stacheldraht und die Panzer waren nicht notwendig, dadurch wird die Spaltung Deutschlands vertieft und ein neuer Krieg heraufbeschworen.
- Die Schutzmaßnahmen wurden nur deshalb durchgeführt, um den Flüchtlingsstrom aufzuhalten. Schuld an dem Abwandern der Bevölkerung hat die DDR selbst, weil zu wenig Reisegenehmigungen erteilt wurden.
- Die Amerikaner lassen sich diese Maßnahmen nicht gefallen und werden Gegenmaßnahmen einleiten.

Die *Angehörigen der Intelligenz*, insbesondere der med. Intelligenz und die *Handwerker sowie Gewerbetreibende* nehmen nach wie vor in der Mehrzahl eine abwartende Stellung ein und weichen politischen Diskussionen durch Orientierung auf fachliche Probleme aus. Teilweise befürchten sie, dass sie in Zukunft nicht mehr zu Kongressen oder Urlaubsbesuchen nach WB, WD und in das kapitalistische Ausland fahren können.

Während von elf Ärzten der Med. Akademie Magdeburg, die sich am 13.8.1961 in WD aufhielten, außer einem Arzt, alle wieder in die DDR zurückkehrten, verblieben von den dort zu Besuch weilenden freipraktizierenden Ärzten und Zahnärzten zehn in WD.

Unter der technischen Intelligenz tritt vor allem die Ansicht auf, dass es zu einer Kündigung des Wirtschaftsabkommens mit WD kommt und dadurch noch größere Materialschwierigkeiten zu erwarten seien. In den Handwerksbetrieben beinhalten die Diskussionen in der Hauptsache Materialschwierigkeiten. In Magdeburg befürchten die Handwerker und privaten Einzelhändler einschneidende Maßnahmen.

Die *Stimmung unter den Jugendlichen* – vor allem seit der Bekanntgabe des Kampfauftrages der FDJ ist unterschiedlich.

Obwohl auch gute Erfolge erzielt wurden, gibt es in allen Kreisen des Bezirkes nicht wenig Teile, wo Jugendliche sich abwartend verhalten oder eine Verpflichtung für den Dienst in den Organen für die Landesverteidigung ablehnen.³ Hauptsächlich sind solche Erscheinungen in Großbetrieben und in Objekten der Deutschen Reichsbahn vorhanden. Teilweise wurden abgegebene Verpflichtungen zum Ehrendienst in der NVA zurückgezogen.

Im *Grenzgebiet* gibt es unter den Bewohnern im Allgemeinen Befürchtungen, ausgesiedelt zu werden. Diese Befürchtungen wurden vor allem dadurch hervorgerufen, dass die verantwortlichen Funktionäre des Staatsapparates die erhaltenen Richtlinien in Vorbereitung der Überprüfungs- und Aussiedlungsaktion in breiten Teilnehmerkreisen konkret behandelten, sodass sie unter den Bewohnern der Grenzgebiete allgemein bekannt wurden. Auswirkungen sind dadurch dahingehend vorhanden, dass sie eine abwartende Haltung beziehen und die Arbeitsproduktivität in den landwirtschaftlichen Betrieben zurückgegangen ist.

Die *Tätigkeit der Kirche* im Bezirk bestand vor allem darin, dass einzelne Pfarrer Kancelabkündigungen vornahmen.

Im Kreis *Burg* verurteilten einige Pfarrer in ihren Predigten die Maßnahmen der Regierung vom 13.8.1961. In individuellen Gesprächen seitens des Rates des Bezirkes mit Pfarrern zeigten sie eine ablehnende Haltung zu den Schutzmaßnahmen bzw. enthielten sich jeglicher Stellungnahme.

Zur Wahl traten viele Pfarrer beider Konfessionen und Angehörige der Sekte »Zeugen Jehova«⁴ als Nichtwähler in Erscheinung.

1

Vgl. Information [447/61](#).

2

Es kursierten in Ostberlin und in der DDR Gerüchte, dass am 20.8.1961 ein Geldumtausch geplant sei.

3

Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum »freiwilligen« Eintritt in die NVA. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich: *Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974)*. Berlin 2003, S. 34 f.

4

Für Zeugen Jehovas gilt unabhängig vom politischen System eine religiös begründete Wahlabstinenz. Zur Situation der Zeugen Jehovas in der DDR vgl. Hirsch, Waldemar: *Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Observierung und Unterdrückung durch das Ministerium für Staatssicherheit*. Frankfurt/M. u. a. 2003.